Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Durlacher Tagblatt. 1920-1964
1932

160 (12.7.1932)

Visual Library

Durlacher Tageblatt

(Durlacher Wochenblatt gegründet 1829) mit den amtlichen Bekanntmachungen für den Amtsbezirk Karlsruhe.

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- u. Feiertage ausgenommen. Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbereich monatlich 1,70 Mark. Einzelnummer und Belegblatt 10 Pfennig.

Druck u. Verlag: Buchdruckerei A. Dutz, Durlach, Pfinzstr. 6. Fernsprecher 204. Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 10101.

Anzeigenberechnung: Die 8gespaltene Millimeterzeile 8 Pfennig, Reklamezeile 25 Pfennig. Schluß der Anzeigenannahme tags zuvor nachm. 4 Uhr, für dringliche Familienanzeigen am Erscheinungstag ½9 Uhr vorm. Für Platzvorschriften und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden. Im Falle höherer Gewalt hat der Bezieher keine Ansprüche bei verspätetem oder Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 160 — Dienstag, den 12. Juli 1932 — 104. Jahrgang

Kurze Tagesübersicht

Der Reichskanzler erstattete in der Kabinettssitzung einen Bericht über Lausanne. Die anschließende Beratung ergab die volle Einmütigkeit des Reichskabinetts.

*

Reichskanzler von Papen und Reichswirtschaftsminister Professor Warmbold sprachen vor der Berliner Presse über die Lausanner Konferenz.

*

In der Beleidigungsklage des Berliner Polizeivizepräsidenten Dr. Weiß gegen den „Angriff" beschloß das Gericht, die Verhandlung aufzuheben, da die Sache für eine Entscheidung durch das Schöffengericht ungeeignet sei.

*

Der Verwaltungsrat der BIZ. trat für Wiederherstellung der Goldwährung ein. Die BIZ. wird auf der Weltwirtschaftskonferenz durch zwei Mitglieder vertreten sein.

*

Das Explosionsunglück auf dem Berliner Vergnügungsdampfer hat nunmehr das sechste Todesopfer gefordert.

*

Im englischen Unterhaus gab es bereits eine Aussprache zum Lausanner Vertrag.

*

In der französischen Kammer erklärte Haushaltsminister Palmade, daß Frankreich im Haushaltsjahr 1932 mit einem Fehlbetrag von vier Milliarden Franken rechnen müsse.

Reichsinnenminister von Gayl gedenkt des Abstimmungssieges in Ost- u. Westpreußen

T.U. **Berlin,** 11. Juli. Reichsinnenminister Freiherr von Gayl sprach am Montag abend im Rundfunk zum Gedenken an die Abstimmung in Ost- und Westpreußen, die er seinerzeit als Reichs- und Staatskommissar leitete. Indem sich der Minister an alle deutschen Volksgenossen, besonders aber an die ost- und westpreußischen Landsleute wandte, sagte er einleitend: Es ist mir eine besondere Freude, heute am 11. Juli des Tages gedenken zu können, an dem wir im Jahre 1920 in Allenstein u. Marienwerder in einmütiger, durch keinerlei Parteigegensätze gefährdeter Front den rein unblutigen Sieg erfochten haben, durch den wir den Verbleib unserer Heimat beim Vaterlande gesichert haben. Ich danke rückblickend in die strahlenden Julitage von 1920 nicht nur den Bewohnern der Abstimmungsgebiete, sondern allen, die uns damals halfen mit den Hunderttausenden heimattreuen Ost- und Westpreußen in allen Gauen des Reiches. Ein Deutschland ohne Ostpreußen ist undenkbar. Euch, liebe Landsleute, in der Provinz Ostpreußen rufe ich von verantwortlicher Stelle zu: Haltet fest an dem Glauben an die Zukunft der Nation und der Heimat. Haltet fest am Willen zur Behauptung eines deutschen Ostpreußens für alle Zukunft. Wir kennen dabei die berufungslose Sonderlage der abgeschnürten Provinz voll an, ohne jemals deswegen der Not der anderen durch das Friedensdiktat von Versailles fast ebenso schwer getroffenen Grenzgebiete zu vergessen.

Er schloß mit den Worten: Halten wir fest am Glauben an eine bessere Zukunft und am Willen zu zäher Selbstbehauptung! Erneuern wir den Geist vom Juli 1920 in uns selbst und in allen Schichten der Nation! Feiert den 11. Juli nicht als einen Rückblick, sondern als einen Anfang zu neuer Arbeit und zu neuem festen Willen!

Deutschnationale und Lausanne

T.U. **Hannover,** 11. Juli. Hier sprach vor einem geladenen zahlreichen Kreise der deutschnationale Abg. Geheimrat Dr. Quaatz. Lausanne, so sagte er, werde von der Linken begrüßt. Das sei verständlich. Vom Standpunkt des Youngplans aus gesehen sei Lausanne natürlich ein großer Erfolg, da die internationale Bank- und Eisenbahn-Kontrolle gefallen sei und eine Zahlungsverpflichtung von noch lange nicht zwei Young-Raten übrig sei, auch diese noch in bedingter Form. Vom Standpunkt der nationalen Politik aus aber müsse man klar und deutlich sagen, daß Lausanne ein Teilerfolg sei. Es sei Papen nicht gelungen, sich aus dem Fahrwasser seines Vorgängers Dr. Brüning zu befreien. Zwar lese man in der Linkspresse, Brüning habe gar nichts zahlen wollen. Das sei aber eine Erklärung „zu Hause" gewesen. Tatsächlich seien zu Brünings Zeiten unter der Hand in Paris vier Milliarden angeboten worden. Das war eine Barrikade gegen die Befreiungspolitik. Vor dem europäischen Forum habe Brüning niemals Nein gesagt. Vor allem aber habe es Brüning unterlassen, auf die politischen Kernfragen einzugehen, um die es sich in Deutschland handele. Das seien die Kriegsschuldlüge, die Rüstungsfrage und die Außenschulden, die wir nicht bezahlen könnten. Von diesen Lebensfragen habe Brüning geschwiegen. Papen habe sie wenigstens angemeldet, sei aber nicht durchgedrungen. Das Ausland konnte sich wieder bei der Abwehr der deutschen Lebensforderungen auf die Hilfe der Sozialdemokraten und des Zentrums stützen. Die Sozialdemokratie habe auch hier eine Barrikade gegen die deutsche Politik errichtet. Breitscheid habe mit dem Franzosen Grumbach zusammengearbeitet. Es sei stets dasselbe fluchwürdige Schauspiel, daß in der Stunde der Entscheidung die Systemparteien ihrer eigenen Nation in den Rücken fielen. Darum gehe der innere Kampf allem anderen vor.

Reichskanzler v. Papen über das Ergebnis von Lausanne

Der Empfang der deutschen Presse in Berlin

Berlin, 11. Juli. Bei dem Empfang der deutschen Presse verbreitete Reichskanzler von Papen sich noch einmal ausführlich über Einzelheiten der Lausanner Konferenz. Mit allem Nachdruck unterstrich der Kanzler seinen grundsätzlichen Standpunkt, daß die Entscheidung über eine endgültige Regelung der Reparationsfrage oder ein Scheiternlassen der Konferenz mit allen seinen Folgen einer weiteren Verschärfung der Weltwirtschaftskrise und damit einer weiteren Einengung der Lebensmöglichkeiten des deutschen Volkes niemals von innerpolitischen Erwägungen aus getroffen werden könnte. Dafür konnten vielmehr nur Erwägungen maßgebend sein, die die Gesamtlage des deutschen Volkes betreffen. „Es ist ja nicht so gewesen", fuhr der Reichskanzler fort, „wie das die deutsche Oeffentlichkeit in weitem Maße angenommen hat, als ob wir etwa 100 Meter vor dem Ziele einer Lösung gestanden hätten, die einem glatten Strich durch unsere doch erst vor zwei Jahren feierlich gegebene Unterschrift zur Leistung von über 35 Milliarden mit einer jährlichen Zahlung von fast 2 Milliarden bedeuteten. Gewiß haben die Tatsachen ergeben, daß dieser vor erst zwei Jahren von uns unterschriebene Vertrag unerfüllbar ist. Aber ebenso wenig wie wir mit einem einseitigen Akte die von früheren Regierungen seit 1918 abgegebenen Unterschriften auslöschen können, ebenso wenig war dies mit den feierlichen Verpflichtungen möglich, die von den damals regierenden Parteien im Namen des deutschen Volkes eingegangen sind. Die heutige Regierung hatte einfach **eine Lage zu liquidieren, die von allen früheren Regierungen seit der Unterschrift unter den Versailler Vertrag geschaffen worden ist.** Die Frage, ob diese Lage dadurch liquidiert werden kann, daß Deutschland die Gültigkeit seiner Unterschrift in Abrede stellt und sich damit gleichsam außerhalb der für Kultur- und Rechtsstaaten geltenden Normen stellt, muß ich mit einem glatten Nein beantworten.

Also blieb für ein großes Volk von Weltachtung nur der Weg von Verhandlungen auf Grund festgestellter Gegebenheiten. Wir glauben, daß wir auf diesem Wege **ein Resultat** erzielt haben, **das allerdings einen sehr großen Fortschritt bedeutet.**

Der Pakt von Lausanne bedeutet **das völlige Ende des Systems der Reparationen,** der einseitigen Zahlungen ohne Gegenwert; die Abschwächung der großen Gefahr des Transfers — diese bleibt für private Verpflichtungen noch bestehen — bedeutet die Beendigung eines Systems, welches die Weltwirtschaft in ein ungeheures Chaos gestürzt hat." Der Reichskanzler unterstrich weiter, daß die Durchführung der Lösung von Lausanne eine wirtschaftliche Gesundung Deutschlands und der Welt geradezu zur Voraussetzung hat. Nach dem Urteil der Fachleute sei es höchst zweifelhaft, ob es gelingen werde, die Bonds im Betrage von 3 Milliarden zu den vorgeschlagenen Bedingungen in dem vorgesehenen Zeitraum von zwölf Jahren auf den Weltmarkt unterzubringen. Wenn das aber doch gelingen sollte, so bedeutet das, daß Deutschland sein finanzielles und wirtschaftliches Gleichgewicht in jeder Beziehung völlig wiedergewonnen hat.

Weiter wies der Reichskanzler darauf hin, daß mit dem Youngplan auch das viel erörterte Kapitel gefallen ist, das sich mit der **Sanktionsfrage** beschäftigt. Wäre es in Lausanne zu einem Mißerfolg gekommen, so hätten wir doch die Verpflichtung aus dem Hooverjahr abzuzahlen gehabt, und zwar zehn Jahre lang 190 Millionen. Diese gesetzliche Verpflichtung wäre bei einem Scheitern der Konferenz ohne weiteres in Kraft getreten. Weiter sei nicht zu übersehen, daß dem Reich mit der Beendigung des Reparationssystems die volle **Souveränität über die Reichsbahn und die Reichsbank** wiedergegeben wird. Hinsichtlich der noch zu treffenden Bestimmungen über die den Besitzern der Younganleihe vertraglich bereitgestellten Sicherungen werden sich die Treuhänder dieser Anleihe und die deutsche Regierung bezüglich der notwendigen Vereinbarungen noch auseinandersetzen.

Von den finanziellen Fragen kam der Reichskanzler auch auf **die politischen Forderungen** zu sprechen, deren Verquickung mit dem Reparationsproblem man der deutschen Delegation vorgeworfen habe. Hierzu stellte Reichskanzler von Papen fest: „Wäre es möglich gewesen, bei der letzten internationalen Konferenz, die sich mit der endgültigen Beseitigung des Systems der Reparationen befaßte, nicht auch zugleich die Frage anzuschneiden, die die moralische Voraussetzung unserer ehemaligen Feinde für die Auferlegung der ganzen Tributbelastung und Diskrimination für Deutschland gewesen ist? **Es ist doch selbstverständlich, daß mit den Reparationen auch ihr moralischer Vorwand beseitigt werden muß.** Auch jede anders zusammengesetzte deutsche Delegation hätte einen solchen Versuch machen müssen. Dabei bin ich selbstverständlich mit Ihnen der Ansicht, daß die Kriegsschuldfrage als solche von der historischen Forschung bereits so weit vorangetrieben ist, daß sie für uns in absolut positivem Sinne entschieden ist. An sich wäre eine Beseitigung des Artikels 231 nur mit einem völligen Widerruf der Mächte von Versailles möglich. Aber es wäre doch ein weiterer Schritt in der Fortnahme der Diskriminationen gewesen, wenn der Artikel 231, wie uns von einem Teil der Länder zugesagt worden war, mit Teil 8 als gestrichen zu betrachten wäre. Man weiß, welche Hindernisse dieser Möglichkeit in letzter Stunde entgegengestellt worden sind. **Für uns ist mit dem Fortfall des Teiles 8 auch dieser Artikel gestrichen.** Aber es ist in Lausanne doch auch erreicht worden, daß eine der großen Mächte, mit denen wir verhandelt haben, wiederholt und unmißverständlich die Berechtigung des deutschen Standpunktes anerkannt hat. **Wenn ich jetzt nicht in der Lage bin,** fuhr Herr von Papen wörtlich fort, **den Inhalt meiner Besprechung mit dem englischen Premierminister der Oeffentlichkeit preiszugeben, so werden Sie doch vielleicht aus seiner Schlußrede und seinem Appell an die Adresse Frankreichs ersehen haben, wie weit in der Tat die Erkenntnis und der Wille fortgeschritten sind, die deutsche Diskrimination auszuräumen.** Ich lenke Ihre Aufmerksamkeit in dieser Beziehung auf den Satz der Rede Macdonalds, worin er darauf hinweist, daß alle Völker bestrebt sein müssen, zu solchen politischen und moralischen Bedingungen zu kommen, die das politische Kapitel des Krieges für Deutschland und Europa endgültig abschließen. Der Kanzler gab seiner Ueberzeugung Ausdruck, daß auf Grund dieser Annäherung auch auf dem Gebiete der Gleichheit der Rechte in der **Wehrfrage** in Genf Resultate erzielt werden können, die im Interesse der deutschen Nation unter allen Umständen erzielt werden müssen. Es sei klar, daß das Ergebnis von Lausanne, das in der Presse der Welt als ein Strich unter das Kapitel des Krieges und als Beginn einer neuen Aera anerkannt wird, in Deutschland durch die politischen Bedürfnisse des Wahlkampfes stark verzerrt wird.

Der Kanzler schloß seine Ausführungen folgendermaßen: „Wir werden abwarten, welche Wirkung die Beseitigung des Reparationssystems auf die Besserung der Weltwirtschaftslage ausüben wird. Wir können heute nur abschätzen, inwieweit dieses Ergebnis der Besserung der deutschen Lage, der Wiederherstellung unseres Kredits und, was doch nie zu übersehen ist, der Aufrechterhaltung der Währung, die nur dem Gesamtinteresse der Weltwirtschaft dienen wird, möglich ist.

Darüber hinaus hat dieser Pakt unsere Beziehungen zu den anderen großen Nationen in erheblichem Maße gebessert. Von dem Maße, in dem diese Dinge sich in der allernächsten Zukunft auswirken werden, unterstützt **von Maßnahmen,** die die Reichsregierung **nun im Innern unverzüglich und von sich aus ergreifen wird,** um das moralische Ergebnis des Lausanner Vertrages auf die Elemente der deutschen Wirtschaft zu übertragen, wird es abhängen, ob unsere Unterschrift im Interesse des deutschen Volkes richtig gewesen ist oder nicht. **Das Reichskabinett ist einstimmig der Ansicht, daß kein anderer Weg von uns hat beschritten werden können."**

*

Das Reichskabinett und Lausanne

Berlin, 11. Juli. In der heutigen Kabinettssitzung erstattete der Reichskanzler einen eingehenden Bericht über den Verlauf und das Ergebnis der Konferenz von Lausanne. Der Reichsminister des Innern sprach im Namen der in Berlin zurückgebliebenen Mitglieder des Reichskabinetts dem Reichskanzler und den übrigen Mitgliedern der Delegation den herzlichsten Dank für die geleistete Arbeit aus. Die anschließende Beratung ergab die **völlige Einmütigkeit des Reichskabinetts**

Lausanner Vertrag und die BIZ.

Konferenz der Notenbankleiter in Basel

Basel, 11. Juli. Am Sitz der BIZ. traten am Sonntag die Leiter der europäischen Notenbanken zu einer bedeutungsvollen Sitzung zusammen, die vom Präsidenten Mc. Garrah geleitet wurde. Hauptgegenstand der Aussprache bildete das Lausanner Abkommen. In einem Begleitbrief wird die Leitung der BIZ. gefragt, ob sie bereit sei, die sich ergebenden neuen Aufgaben und Verantwortlichkeiten zu übernehmen. Alle Notenbankleiter äußerten sich zu diesem Punkt zustimmend. Die Lausanner Konferenz wurde von ihnen als eine **erste Etappe auf dem Wege zum allgemeinen wirtschaftlichen Wiederaufbau** bezeichnet. Am Dienstag werden in Basel die Verhandlungen über die zur Sicherung des Zinsesdienstes aus der Dawes- und Young-Anleihe neu zu schaffenden Garantien aufgenommen werden. Die Verhandlungen sind durch das Verschwinden des Youngplanes notwendig geworden und auch im zweiten Anhang des Lausanner Anhanges vorgesehen. Außer diesen Fragen wurde auch der Stand der 99 Millionen Schillinganleihe Oesterreichs, der 20 Millionen Dollar-Anleihe Ungarns und der eine Million Dollar-Anleihe Jugoslawiens besprochen.

*

Entschließung für Aufrechterhaltung des Goldstandards

Basel, 11. Juli. Der Verwaltungsrat der Bank für den internationalen Zahlungsausgleich hat seine 23. Sitzung abgehalten, auf der Deutschland durch Reichsbankpräsident Dr. Luther, Dr. Melchior, Generaldirektor Reusch und Geheimmen Oberfinanzrat Dr. Vocke vertreten war. Das wichtigste Ergebnis der Beratung ist die Annahme einer **Entschließung,** die sich mit der **Wiederherstellung der Goldwährung** befaßt und in gewisser Hinsicht eine Fortsetzung der Lausanner Beschlüsse darstellt. Die Vertreter der Bank von England haben dieser Entschließung zugestimmt. Des weiteren hat der Verwaltungsrat von den Beschlüssen der Lausanner Konferenz genommen und sich zur Uebernahme der in der Schlußakte der Lausanner Konferenz vorgesehenen Aufgaben durch die BIZ. bereiterklärt. Der Präsident des Verwaltungsrates hat alle hierzu erforderlichen Maßnahmen ergriffen. Schließlich hat der Verwaltungsrat die Anteile der BIZ. an den in diesem Monat fälligen drei Krediten für die Oesterreichische Nationalbank, die Ungarische Nationalbank und die Jugoslawische Nationalbank für je drei Monate verlängert.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK — Baden-Württemberg

Zeitenwende?

Die weltwirtschaftliche Bedeutung des Lausanner Ergebnisses

Nach wochenlangem schwerem Ringen hat die Lausanner Konferenz das Ende der Reparationszahlungen gebracht. Man mag vielleicht der Ansicht sein, daß Deutschland noch mehr hätte erreichen können. Aber ebenso ist auch der Standpunkt zu vertreten, daß unter den einmal gegebenen Verhältnissen das bessere Resultat erzielt worden ist.

Wesentlich bleibt, daß die Reparationen zu Ende sind und damit der ominöse Abschnitt 8 des Versailler Vertrages über die Reparationen wieder ausgetilgt wurde. Damit verschwinden Zahlengespenster, die jedes internationale Zusammenarbeiten unmöglich gemacht haben. Es seien nur einige Zahlen des Youngplanes wiedergegeben, um zu zeigen, wie sich internationale Sachverständige noch vor zweieinhalb Jahren über die künftige Entwicklung der Weltwirtschaft getäuscht haben. Dabei bleibt es von untergeordneter Bedeutung, ob seinerzeit die deutsche Delegation Zahlungen in der ursprünglich vereinbarten Höhe für möglich hielt oder solche, wie sie entgegen den Wünschen der Delegation dann herausgekommen sind. So machen die Young-Annuitäten vom Jahre 1930 mit 1 707,9 Millionen ansteigend jährlich Summen aus, von denen man sich schlechterdings nicht vorstellen kann, wie sie überhaupt jemals von der Wirtschaft eines 65-Millionen-Volkes aufgebracht, getragen und transferiert werden sollten. Der Höchstsatz war 1965/66, also erst in 25 Jahren, mit 2 428,8 Millionen erreicht. 1939/40 wurde zum erstenmal die Zwei-Milliarden-Grenze überschritten. Erst vom Jahre 1966/67 sollte ein fühlbares Absinken der Reparationsrate eintreten, auf 1 607,1 Millionen. Der gleiche Standard hätte bis 1984/85 angehalten, also noch 52 Jahre, Zeiten, die ein großer Teil der Bevölkerung glücklicherweise nicht mehr erlebt hätte. Der Schluß der Reparationen sollte 1987/88 eintreten mit einer Zahlung von 897,8 Millionen. Heute faßt man sich an den Kopf, wie solche Vereinbarungen überhaupt getroffen werden konnten, die doch den Stempel der Unmöglichkeit der Erfüllung von Anfang an trugen

Eine weitere Entwicklung muß gezeigt werden. Welche Geldsummen haben die Siegerstaaten zuerst verlangt? Ursprünglich wurde ernsthaft eine Forderung auf 250 Milliarden erhoben, eine Summe, die nur den Kapitalwert und nicht etwa die jährlich zu leistenden Annuitäten im ganzen in sich enthielt. Dann ging man auf 140 Milliarden (!) herab. Der Youngplan stellt kapitalisiert zusammen mit der Dawesanleihe und dem belgischen Markabkommen eine Summe von 36 Milliarden dar, während der Dawesplan noch fast 50 Milliarden vorgesehen hatte. So sah der Abbau des Zahlenwahnsinns aus, als man glaubte, eine tragbare Lösung gefunden zu haben. Die Entwicklung eines Jahres genügte, um die ganze Fiktion dieser Endregelung zusammenbrechen zu lassen.

Einer der wesentlichsten Beuruhigungsfaktoren der Weltwirtschaft, die Reparationszahlungen, ist nun endlich beseitigt worden. Die deutsche Schlußzahlung, die nach einer Atempause von mehreren Jahren erfolgt, ist so geschützt, daß eine neue Beunruhigung am Kapital- und Geldmarkt der Welt bei der Aufbringung nicht erfolgen kann. Damit ist zunächst eine Grundlage für die Wiederkehr des internationalen Vertrauens geschaffen; denn Deutschland ist, da es nicht mit ungeheuren Summen belastet ist, wieder kreditwürdig geworden. Man wird von dieser Unmöglichkeit zunächst nur schwerlich Gebrauch machen, da — infolge der schon geleisteten Youngzahlungen mit der damit verbundenen Kapitalentblößung Deutschlands — auf der deutschen Wirtschaft eine ungeheure Privatverschuldung lastet.

Andererseits steht es außer Frage, daß für die innerdeutsche Wirtschaft wie für die Weltwirtschaft eine Zeitenwende eingetreten ist. Dank des absoluten Schutzes der deutschen Währung und der nun nicht mehr eintretenden Gefährdung durch die riesigen Youngzahlungen muß die Periode der Kapitalflucht als abgeschlossen gelten; darüber hinaus wird der Sparwille im deutschen Volk rasch wieder erstarken; denn nun wissen wir wenigstens das eine, daß alle Anstrengungen zu einer Gesundung nicht mehr den anderen zugute kommen, sondern uns selbst. Die große moralische Bedeutung dieser Tatsache kann garnicht hoch genug eingeschätzt werden. Rein äußerlich betrachtet, dürfte der deutsche Kapitalmarkt durch ein rasches Ansteigen der Rentenwerte eine erste Erleichterung und Stärkung erfahren. Das Gleiche gilt für die Kapitalmarktlage der Welt. Je mehr die Aussichten auf eine Einigung in Lausanne stiegen, desto höher wurden die deutschen Auslandsanleihen bewertet, eine Entwicklung, die ebenfalls rapide Fortschritte machen wird und die Lage der Gläubiger, die schon fast entwertete Anleihetitel besaßen, infolge erheblicher Verringerung der auf ihnen lastenden Verluste bessern.

Eine Umwandlung des Konjunkturverfalls zu einer Hochkonjunktur ist nicht möglich, da zu tiefgehende wirtschaftliche Aenderungen in den letzten Jahren eingetreten sind. Trotzdem erhofft man eine schon in wenigen Monaten fühlbare wesentliche Besserung. Die weltwirtschaftlichen Entwicklungstendenzen der letzten Zeit, die durchschnitten. Es lohnt sich wieder zu arbeiten.

Churchill greift die Lausanner Regelung an

London, 11. Juli. Im Verlaufe der Unterhausdebatte erklärte **Churchill**, er könne sich nicht der Zustimmung seines Vorredners von der Arbeiteroppposition zur Lausanner Regelung anschließen und auch nicht dem anscheinenden Jubel, den dieses Ergebnis verursacht habe. Churchill beglückwünschte den Premierminister zu dem Einfluß, den er anscheinend in den Räten Europas ausgeübt habe, fuhr aber fort, es scheine ihm, **daß es Deutschland sei, das man am meisten von allen zu dem, was stattgefunden habe, beglückwünschen müßte.** Innerhalb weniger als 15 Jahren nach dem Weltkriege, betonte Churchill, ist **Deutschland völlig befreit worden** von allen Lasten, die furchtbaren Verletzungen wieder gutzumachen, die es seinen Nachbarn zugefügt hat. Deutschland müsse zwar 3 Milliarden zahlen, aber Hitler habe gesagt, daß sie in einigen Monaten nicht mehr als 3 Mark wert sein werden. Dies, so sagte Churchill, sei eine sehr scharfe Erklärung. Die Anleihen, die England und die Vereinigten Staaaten nach dem Kriege in Deutschland hineingeschüttet hätten, überträfen bei weitem die Reparationssumme, die Deutschland gezahlt habe. Churchill erinnerte daran, daß unter dem Friedensvertrag drei große Dampfer von Deutschland ausgehändigt wurden und dann habe Deutschland Geld geborgt und drei viel bessere gebaut, und diese hätten sofort das Blaue Band des Atlantischen Ozeans errungen. Die Anleihen, mit denen sie aber gebaut wurden, seien einem Moratorium unterworfen, während die Engländer andererseits nicht in der Lage seien, den neuen Cunard-Dampfer zu vollenden, weil sie nicht das Geld erhalten können.

*

Washington bleibt unnachgiebig

Newyork, 11. Juli. Die hiesigen Blätter bringen ausführliche Berichte aus Washington über die **feindselige Haltung des Kongresses gegenüber jeder Nachgiebigkeit der Vereinigten Staaten in der Frage der Kriegsschulden.** Diese Stimmung, so melden die Blätter aus Washington, hat sich noch erheblich mit dem Bekanntwerden des gentleman agreement von Lausanne verschärft. Eine ganze Anzahl von Senatoren soll erneut auf das Nachdrücklichste erklärt haben, daß die Vereinigten Staaten schon bei den früheren Schuldenverhandlungen genug Konzessionen gemacht hätten. Dagegen wendet sich „Newyork Times" gegen die Absicht, die Kriegsschuldenfrage zu einem Spielball der Wahlpropaganda zu machen.

*

Keine Geheimabkommen in Lausanne

London, 11. Juli. Gegenüber anderslautenden Blätermeldungen wird in hiesigen amtlichen Kreisen erklärt, daß in Lausanne keine geheimen Abkommen getroffen worden seien.

*

Chamberlain antwortet Churchill.

T.U. **London**, 11. Juli. Die Antwort des Schatzkanzlers Neville Chamberlain, die er Churchill im Unterhaus erteilte, war im Hinblick darauf, daß Macdonald selbst am Dienstag eine Erklärung im Unterhaus abgeben wird, nur kurz. Er, Chamberlain, könne aber schon jetzt sagen, daß Churchill dem Land einen schlechten Dienst erwiesen habe, als er versucht habe, das Vertrauen zu untergraben, das durch die Lausanner Vereinbarungen erweckt worden sei, und als er angedeutet habe, daß die Regierung unnötigerweise die Beziehungen mit den Gläubigern Englands schwieriger und unangenehmer gestaltet habe. Denn in Lausanne seien die englischen Vertreter nicht nur mit den anderen europäischen Abordnungen zusammengekommen, sondern sie hätten auch die Möglichkeit zu Unterhaltungen mit den Vertretern der Vereinigten Staaten gehabt.

Vor einer Unterhauserklärung Macdonalds zum sogenannten Lausanner Geheimabkommen

T.U. **London**, 11. Juli. Der „Daily Herald" hatte gemeldet, daß hinter dem Lausanner Abkommen vier Geheimverträge abgeschlossen worden seien, durch die das ganze Abkommen völlig an Wert verliere. Londoner Tageszeitungen unterstützten die Ansichten des „Daily Herald" in Leitartikeln. Zu den einzelnen vom „Daily Herald" erwähnten Geheimabkommen nehmen nunmehr die amtlichen Stellen wie folgt Stellung:

1. Zu dem sogenannten Gentleman-Abkommen, dem zufolge England, Frankreich und Italien das Lausanner Abkommen erst ratifizieren sollen, nachdem eine zufriedenstellende Einigung mit Amerika über die Kriegsschuldfrage zustande gekommen ist, wird erklärt, daß Ministerpräsident Macdonald am Dienstag im Unterhaus hierüber nähere Mitteilungen machen werde. Die Einzelheiten seien etwas verwickelt, so daß der Darlegung Macdonalds nicht vorgegriffen werden könne.

2. „Daily Herald" hatte behauptet, daß ein Abkommen zwischen England, Frankreich und Italien zustande gekommen sei, wonach sich jeder Staat verpflichte, mit Amerika kein Abkommen abzuschließen, das den Interessen der beiden anderen zuwiderlaufe. Die amtlichen Stellen erklären, daß hieran kein wahres Wort sei.

Die beiden weiteren vom „Daily Herald" erwähnten Abkommen zwischen England und Frankreich bezw. England und Italien über eine vorläufige Einstellung der Schuldenzahlungen an England sind nach amtlichen englischen Mitteilungen kein Gheimabkommen, sondern sie sind ihrem Inhalte nach bekannt gegeben worden.

*

In ausländischen Berichten ist der deutschen Regierung unterstellt worden, daß sie an dem sogenannten Gentleman-Abkommen beteiligt sei bezw. an dessen Zustandekommen mitgewirkt habe. Diese Behauptung entbehrt jeder Begründung. Im Gegenteil hat die deutsche Abordnung in Lausanne mit Erfolg den Standpunkt verfochten, daß für Deutschland eine Verquickung von Tributen und Kriegsschulden nicht in Frage komme. Die Franzosen hatten zwar anfangs versucht, eine Klausel in das Lausanner Vertragswerk aufzunehmen, wonach dieser Vertrag erst nach einer zufriedenstellenden Regelung der Kriegsschuldenfrage ratifiziert werden sollte. Dieser Versuch ist an dem deutschen Widerstand gescheitert. An zuständiger Stelle in Berlin wird in Zusammenhang mit den eingangs erwähnten Behauptungen erneut darauf hingewiesen, daß Deutschland es unter allen Umständen ablehne, sich in eine europäische Front gegen Amerika drängen zu lassen.

„Erste Morgendämmerung besserer Tage"

Der Papst über Lausanne.

T.U. **Rom**, 11. Juli. Nachdem bereits am Samstag der vatikanamtliche „Observatore Romano" seine besondere Befriedigung über den Abschluß der Lausanner Konferenz zum Ausdruck gebracht hatte, berührte der Papst am Sonntag dasselbe Thema in seiner Ansprache anläßlich der Verlesung des Dekrets über die Anerkennung der Tugenden der Maria Grossifissa di Rosa, der Gründerin einer Wohlfahrtskongregation in Brescia. Pius XI. sagte u. a.: Wir glauben in dieser Stunde unserer Pflicht nicht voll nachkommen zu können, wenn wir der göttlichen Güte nicht danken würden für diese erste Morgendämmerung besserer Tage, die heute den dunklen Horizont zu färben scheint. Diese Pflicht wird von uns umso tiefer empfunden, als wir selbst die Menschheit aufgefordert haben, sich im Geist der Güte mit Gebeten an Gott zu wenden, um diese Barmherzigkeit zu erlangen, deren Einsetzen wir nun zu erkennen glauben, während wir ein immer größeres Bedürfnis für ihr Fortschreiten empfinden.

Gib acht auf Orla!

ROMAN von ARNO HOHENFELD

VERTRIEBSRECHTE LITERATUR-VERLAG GLORIA BERLIN-STEGLITZ

6. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

„Werner, höre mich an. Ich kenne deine Gründe nicht, es kann also so sein, wie du annimmst, es kann sich aber auch ganz anders verhalten. Jedes deiner Worte offenbart mir, in was für einer maßlosen, wenn auch berechtigten Erregung du dich befindest, und deshalbe bitte ich dich, warte mit dem Besuch bei Wemblin bis morgen."

„Unter keinen Umständen! Damit du nicht glaubst, mein Verdacht sei nicht gut begründet, will ich dir noch folgendes sagen. Während ich es doch nicht anders wußte, als daß Frau von Strewo mich nach Klein-Dolchow gebeten hatte, stellte sie sich, als ob ich ihr zu Dank verpflichtet sei, von ihr empfangen zu werden. Wemblin hat also jedem von uns vorgespiegelt, der andere wolle ihn sehen."

„Unglaublich! Warum sollte er das getan haben?"

„Eben das gilt es festzustellen, und nun wirst du wohl einsehen, daß ich ohne Verzug zu ihm muß."

„Ja, ja, aber trotzdem möchte ich dich nochmals bitten, mit der Aufklärung bis morgen zu warten."

„Zum letzten Male, Edith, ich muß zunächst zu ihm. Aber ich verspreche dir, so schnell als möglich nach dem Krollgarten zu kommen."

„Da du es denn durchaus nicht anders willst, muß ich mich wohl fügen."

„Auf Wiedersehen, mein Liebling!"

„Auf Wiedersehen, Werner, und komm recht bald!"

Mit gestütztem Kopf dachte Edith nach. Zu ungeheuerlich war die Nachricht, unfaßbar!

Und nun sollte sie nach Hause, sich ein Festgewand anziehen und frohgemut erscheinen. Ihr stand der Sinn wahrhaftig nicht nach Geselligkeit und noch weniger nach Fröhlichkeit; aber sie mußte hin, um Werner zu sehen und zu sprechen und um Klarheit zu erlangen.

Sie kam nach Haus, kleidete sich um und ging wieder fort, weil es sein mußte.

Festestrubel, Lachen und Scherzen und fröhliches Geplauder empfing sie beim Eintritt in den Krollgarten. Vergeblich versuchte sie sich einzureden, daß doch kein Grund vorliege, so unruhevoll zu sein, wie sie es tatsächlich war.

Bekannte grüßten und traten zu ihr, verwickelten sie in eine Unterhaltung, an der sie teilnahm wie ein dritter. Sie vernahm Fragen, gab Antworten und wußte nicht einmal, ob diese überhaupt einen Sinn hatten. Dabei suchte sie unausgesetzt nach Werner, den sie nirgends zu erspähen vermochte.

Nachdem sie den Garten und den Saal nach ihm abgesucht hatte, postierte sie sich am Eingang. Aber sie hielt das Stillstehen nicht lange aus. War es nicht möglich, daß er sich schon irgendwo niedergelassen hatte, nachdem auch er sie vergeblich gesucht?

„Hallo, Fräulein Oldenroth! Jetzt sind Sie schon ein Dutzend Mal an unserm Tisch vorbeigelaufen, jedesmal habe ich mich bemerkbar gemacht, aber ganz umsonst."

Ihr Chef war der Rufer. Sie nickte ihm freundlich und wollte weiter, da kam er auf sie zu.

„Ja, wollen Sie denn nicht bei uns Platz nehmen?"

„Später, Herr Ruchard, später!"

„Was ist denn, Sie sind ja so aufgeregt?"

„Ach, ich warte auf Herrn Lauffenberg. Haben Sie ihn nicht gesehen?"

Ruchard lächelte. Die liebende Braut verging in Ungeduld nach dem Erwählten ihres Herzens. Er wollte scherzen, aber er unterließ es, da er in ihren Augen einen feuchten Glanz bemerkte.

„Nein, zu Gesicht habe ich ihn noch nicht bekommen, da er aber zugesagt, so denke ich, liegt kein Grund vor, besorgt zu sein, oder hat sich etwas ereignet?"

Edith nickte stumm.

„Aber so sagen Sie mir doch, was passiert ist!" drängte er.

Sie wollte antworten, brachte aber kein Wort über die Lippen. Nun kollerten ihr wirklich die Tränen aus den Augen.

Da schob Ruchard einfach seinen Arm unter den ihren und nötigte sie, mit ihm abseits zu gehen.

„So, hier sind wir allein, und nun bitte, heraus mit der Sprache. Was ist los? Warum befinden Sie sich in solcher Aufregung? Nur weil Lauffenberg noch nicht da ist, das ist es natürlich nicht, sondern? . . . Haben Sie kein Vertrauen mehr zu mir? Muß ich Sie erst daran erinnern, daß Sie mich mal den einzigen Menschen nannten, zu dem Sie frei von der Leber wegsprechen, dem Sie alles beichten könnten, was Ihr Herz beschwert? Das war nun freilich damals, als Sie Lauffenberg noch nicht kannten, in unserem Verhältnis hat sich doch aber deshalb nichts geändert, wie? Ich bringe Ihnen noch immer die gleichen väterlichen Gefühle entgegen."

Man nannte Ruchard nicht umsonst Vater Ruchard. Seine Angestellten waren für ihn nicht einfach Werkzeuge, dazu da, um den Betrieb in Gang zu halten, sondern Teile seiner selbst, die er hegen und pflegen mußte, wenn der Gesamtorganismus gut funktionieren sollte. Und er tat es. Nie kam es vor, daß er teilnahmslos blieb, die Geschicke seiner Angestellten waren seine eigenen, er freute sich mit ihnen und griff unverzüglich helfend ein, wenn es in seiner Macht stand.

„Herr Ruchard, denken Sie um Gotteswillen nicht, daß ich Ihnen anders gegenüberstehe wie damals. Wenn ich mich Ihnen nicht so ohne weiteres mitzuteilen vermag, so liegt das nur an meiner großen Beunruhigung um Werners Ausbleiben."

„Was nur heißen kann, daß Sie besondere Gründe haben, besorgt zu sein, und die möchte ich eben jetzt erfahren."

„Es ist eine lange Geschichte, Herr Ruchard, und da ich nicht sicher bin, ob meine Besorgnisse nicht doch übertrieben sind . . ."

„Ich gehe nicht eher von Ihrer Seite, bis ich alles weiß!"

Sie raffte sich zusammen und berichtete.

(Fortsetzung folgt.)

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg